

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,  
voraussichtlich  
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der  
Zentralvereine, den Vertrauensleuten  
der Gewerkschaften und den Redaktionen  
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:  
G. Legien,  
Zollvereins-Niederlage,  
Wilhelmstr. 8, I.

### Der Ausstand der Hafnarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona.

Wohl selten ist der Menschheit klarer und überzeugender bewiesen worden, wie weit resp. wie weit die Idee des Christenthums in die Kreise Derjenigen eingedrungen ist, welche sich als die wahren Vertreter des Christenthums, als die Beschützer der Religion berufen fühlen, als es die Herren Rheder und Stauer und deren Gesinnungsverwandte am verfloffenen Weihnachtsfest in ihrem prozenhaften Uebermuth gethan haben.

Das Fest des Friedens, das Fest der Versöhnung ist vorüber, ohne eine Entscheidung in diesem Kampfe gebracht, das Unternehmertum veröhnender gestimmt zu haben. Denn nach wie vor scheut sich dasselbe nicht, durch sein rigoroses Verhalten den Arbeitern gegenüber das Interesse eines ganzen Gemeinwesens auf's Spiel zu setzen.

Während von allen Kanzeln „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ verkündigt wurde, brüteten die Hamburger Rheder und Stauer Rache, um die um ihre Rechte kämpfenden Hafnarbeiter durch rohe Gewalt in das alte Skavenjoch zu zwingen. Führwahr, ein schöner Weihnachtsgedanke.

Die Arbeiter haben zu wiederholten Malen die Hand zum Frieden geboten, doch immer wurde dieselbe zurückgewiesen; man wollte keinen Frieden, sondern einen Kampf bis zum Weißbluten, um der Arbeiterschaft zu beweisen, wer die Herren im Staate sind. Und wahrlich, noch nie ist die wahre Stellung, die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in der heutigen Gesellschaft so grell in's rechte Licht gerückt worden, als durch diesen Streik. Wehe, wenn der Arbeiter von seinen unveräußerlichen Menschenrechten Gebrauch macht und Das fordert, was ihm von Rechtswegen zusteht, für seine Arbeit auch einen menschenwürdigen Lohn verlangt; dann arbeiten Unternehmertum und Behörden Hand in Hand, um die Arbeiterschaft zur Unterwürfigkeit zu zwingen.

Als die Streikenden sich zum zweiten Male bereit erklärten, Frieden zu schließen, und zu diesem Zweck eine Deputation an den Hamburgischen Senat sandten, mit dem Gesuch, vermittelnd einzugreifen, nicht etwa aus Muthlosigkeit den Kampf aufgeben zu wollen, sondern im allgemeinen Interesse, da ist den Arbeitern bewiesen worden,

auf welcher Seite die Behörden stehen und welche Interessen dieselben vertreten. Anstatt vermittelnd einzugreifen und eine Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen, wurde den Arbeitern zugemuthet, sich bedingungslos zu unterwerfen. Erst wenn die Arbeit wieder aufgenommen sei, wolle sich der Senat in Gemeinschaft mit den Unternehmern herbeilassen, eine Enquete über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranstalten, ohne daß den Arbeitern eine Mitwirkung bei dieser Aufnahme zugesichert wurde. Ja, es wurde in diesem Antwortschreiben den Arbeitern einzig und allein die Schuld an dem Ausstande und dessen Folgen zugeschoben, was naturgemäß deren Verbitterung hervorrufen mußte. Das Ansinnen des Senats wurde den Streikenden zur Urabstimmung unterbreitet. Das Resultat derselben war: Ablehnung mit großer Majorität und der Beschluß, weiter zu streiken, wie es nun auch kommen möge.

Schon heute sind die Wirkungen dieses Riesenkampfes unberechenbar, und immer weitere Kreise werden dabei in Mitleidenschaft gezogen. Zur Kennzeichnung des wahren Charakters dieses Kampfes mag hier mitgetheilt werden, daß nach dem Zeugniß glaubwürdiger Zeugen derselbe nur noch von den Herren Blohm, Laiesz, Muhle zc. aufrecht erhalten wird, um unter keinen Umständen den Arbeitern nachzugeben. Die kleinen Rheder und Stauer wären gern bereit, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, doch sie stecken im Banne der Großrheder und dürfen nicht nachgeben. Auch das Drängen der Kaufmannschaft, das Ende des Streiks herbeizuführen, wird immer heftiger, und es wird sich ja zeigen, wie lange die Herren ihre Position noch zu behaupten vermögen.

Wir unterlassen es heute, auf die Einzelheiten des Kampfes einzugehen, geben aber heute schon bekannt, daß dieselben in einer sofort nach Schluß des Ausstandes erscheinenden, von der Generalkommission herauszugebenden Broschüre eingehend geschildert werden sollen.

Obgleich das Unternehmertum in Gemeinschaft mit den Staats- und Verwaltungsbehörden bereits alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen, war doch nichts im Stande, dieselbe auch nur einen Augenblick wankel-

Schließlich wird zur weiteren Prüfung dieser Angelegenheit eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche, um einen Ausgleich der Differenzen zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, dem Kongress einschlägige Vorschläge unterbreiten soll.

Die Kommission kam zu dem Schluß, daß die Ursachen des ganzen Streites in rein persönlichen Motiven zu suchen sind. Sowohl die Anhänger der Lokal- wie der Zentralorganisation haben sich Fehler zu Schulden kommen lassen und gegen die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses verstoßen. Das Ergebnis ihrer Untersuchung faßte die Kommission in nachstehender Resolution zusammen, welche dem Kongress zur Annahme empfohlen wurde:

„Der heute, am 26. Dezember 1896, in Altenburg tagende Kongress aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter bedauert, daß in letzter Zeit die leitenden Personen die wichtigsten Aufgaben der Organisation hintangeseht und dieselbe zum Tummelplatz persönlicher Leidenschaften benützt haben.

Nach reiflicher Prüfung des vorgetragenen Materials erklärt der Kongress, daß von beiden Seiten, sowohl von den Vertretern der lokalen wie zentralen Richtung, große taktische Fehler gemacht wurden durch Nichtachtung der in Halberstadt gefaßten Beschlüsse, welche behauerlicher Weise den Anlaß zu dem persönlichen Zwist gegeben haben. Damit jedoch die Organisation sich den gestellten Aufgaben, die Verbesserung der Lage der Berufsgenossen, zuwenden kann, erklären die streitenden Parteien, die Streitigt ein für alle Mal zu begraben und für immer Frieden zu schließen.

Ferner verpflichten sich die streitenden Parteien, wie auch die Beschlüsse des Kongresses ausfallen mögen, keinerlei Agitation gegeneinander zu entfalten, sondern mit allen Kräften dahin zu wirken, daß dieselben zur Durchführung gelangen.“

Es stimmten für diese Resolution 20 gegen 1 und 4 enthielten sich der Stimme. Die Anhänger der Zentralisation stimmten sämtlich für dieselbe, während die Lokallisten sich der Stimme enthielten oder gegen stimmten.

Punkt 2 der Tagesordnung: „Gründung eines Zentralverbandes“, findet nach kurzer Diskussion, in welcher von beiden Seiten alle Gründe für und gegen einen Zentralverband in's Feld geführt wurden, seine Erledigung durch Annahme folgender Resolution:

„In Anbetracht der Thatsache, daß, nachdem die Differenzen in den Kreisen der Kollegen Deutschlands Dimensionen angenommen haben, die ein gedeihliches Zusammenarbeiten im Interesse der Organisation nicht mehr möglich erscheinen lassen, im weiteren Hinweis auf die Thatsache, daß der größte Theil der Kollegen auf dem Standpunkt steht, daß nur eine Organisation unseres Berufes über ganz Deutschland, den Verhältnissen angepaßt, im Stande ist, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der nöthigen Energie zu führen, stellen Unterzeichnete folgenden Antrag:

„Der am 25. und 26. Dezember 1896 in Altenburg tagende außerordentliche Kongress beschließt mit dem 1. Januar 1897 die provisorische Einführung einer Zentralorganisation für die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe thätigen Personen Deutschlands.

„Zu diesem Behufe wählt der Kongress eine provisorische Leitung, bestehend aus drei Personen, an einem vom Kongress näher zu bestimmenden Ort, denen die Leitung der Geschäfte des Zentralverbandes bis zur definitiven Regelung übertragen wird.

„Um den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich über alle in Betracht kommenden Fragen zu informieren, um weiter die Kosten einer Generalversammlung zu ersparen, beschließt der Kongress, die provisorische Leitung zu beauftragen, am 1. Juli 1897 eine Urabstimmung der Organisationen vorzunehmen, behufs definitiver Festsetzung der Statuten, sowie des den Verband leitenden Körperschaften.

„Um weiter den Kollegen Deutschlands die Garantie zu geben, ein Organ zu besitzen, welches ihre Interessen nach jeder Richtung hin vertritt, beschließt der Kongress, die Berliner Kollegen zu beauftragen, im Berliner Verband den Antrag zu stellen, daß der Verband sein Eigenthumsrecht an „Handelshilfsarbeiter“ abtritt, damit die Zeitung „Eigenthum der gesammten Kollegen Deutschlands“ wird. Lehnt der Berliner Verband diesen Antrag ab, so beschließt der Kongress, mit dem 15. Januar 1897 ein zweimal im Monat erscheinendes Organ zu schaffen. Zur Leitung dieses Organs wählt der Kongress zwei Redakteure, und zwar einen Leitenden und einen Zeichnenden.“

(Folgt die Unterschrift von 16 Delegirten.)

Bei der Abstimmung über diese Resolution stimmten 20 mit Ja, 1 mit Nein und 4 enthielten sich der Stimme. Damit ist der Zentralverband beschlossen.

Hierauf wird der provisorische Vorstand, bestehend aus drei Personen, gewählt. Zum Sitz desselben wird Berlin bestimmt.

Zum Sitz des Ausschusses wird Stuttgart gewählt und mit der Konstituierung desselben zwei anwesende Delegirte beauftragt.

Der Sitz der Preßkommission bleibt in Hamburg.

Nachdem die Wahl der Redakteure vollzogen, wird ein ausgearbeitetes Statut zur Kenntniß gebracht und ohne wesentliche Aenderungen angenommen. Die provisorische Leitung wird beauftragt, dasselbe im Fachorgan zu veröffentlichen und den Berufsgenossen zur Urabstimmung zu unterbreiten; dieselbe muß rechtzeitig beendet sein, damit am 1. Juli der Zentralverband endgültig in Kraft treten kann.

Nachdem noch beschlossen wurde, einen eventuellen Ueberschuß vom Streik der Privatpostangestellten dem Agitationsfonds für den Zentralverband zu überweisen, wird der Kongress geschlossen.

### Mittheilung.

Das Gewerkschaftskartell in Döbeln giebt bekannt, daß es bei ausgebrochenen Streiks auf die Zusendung von Sammellisten verzichtet, da es unmöglich ist, bei dem großen Andrang von solchen

alle in Umlauf zu setzen. Zum Beantragen einer Unterstützung genügt die Einsendung eines Situationsberichts.

müthig zu machen. Der Geist und der Kampfes-  
muth der Streikenden ist noch ungeschwächt, die  
Situation außerordentlich günstig und berechtigt  
zu der Hoffnung, daß dieser Kampf mit einem end-  
gültigen Siege der Arbeiter enden wird.

Möge die Arbeiterschaft Deutschlands nicht  
erlahmen in der Aufbringung der hierzu erforder-  
lichen Mittel, damit die Streikenden nicht durch

den Mangel am Nothwendigsten zur Aufnahme  
der Arbeit gezwungen werden. Denn erliegen  
in diesem Kampfe die Hafenarbeiter und Seeleute,  
so bedeutet dies eine Niederlage der gesammten  
Arbeiterschaft.

Geldsendungen sind zu richten an C. Schipp-  
mann, Hamburg, Schaarthor 7, I.

## Kongresse und Generalversammlungen.

### Außerordentlicher Kongress aller im Handels- und Transportgewerbe beschäf- tigten Hülfсарbeiter Deutschlands.

Altenburg, 25. u. 26. Dez. 1896.

Anwesend sind 18 Delegirte aus 13 Städten,  
welche za. 3500 organisirte Berufsgenossen ver-  
treten, der Vertrauensmann für Deutschland,  
3 Revisoren, 2 Mitglieder der Preßkommission  
und der Kassirer des Berliner Verbandes, welchem  
berathende Stimme zuertheilt wird.

Veranlassung zur Einberufung dieses Kongresses  
gab ein innerhalb der Organisation ausgebrochener  
Streit zwischen den Anhängern der zentralen und  
lokalen Richtung. An der Spitze der ersteren  
stand der geistige Leiter des Fachorgans „Der  
Handelshülfсарbeiter“ und an der Spitze der  
letzteren der Vertrauensmann für Deutschland.

Die Diskussion über die Form der Organisation  
nahm bereits auf dem in Halle a. S. im Jahre  
1894 stattgefundenen Kongress viel Zeit in An-  
spruch und endete damit, daß die Lokalorgani-  
sation vorläufig beibehalten wurde.

Auch der im Mai dieses Jahres in Halber-  
stadt stattgefundenen Kongress hatte sich mit dieser  
Frage zu beschäftigen. Das Ergebniß desselben  
war die Annahme einer Kompromißresolution,  
welche besagt: „daß die einzelnen Bezirksleiter  
die Pflicht haben, in den nächsten zwei Jahren  
ihre Thätigkeit so zu erfüllen, daß der Gründung  
eines Zentralverbandes auf dem nächsten Kongress  
im Jahre 1898 keinerlei Schwierigkeiten entgegen-  
stehen.“

Der Vertrauensmann für Deutschland soll seine  
Aufgabe im Sinne dieser Resolution nicht erfüllt  
haben, woraus sich die Nothwendigkeit des Statt-  
findens eines außerordentlichen Kongresses er-  
geben hat.

Bevor die Tagesordnung des Kongresses fest-  
gesetzt wird, erhebt der Vertrauensmann für  
Deutschland Protest gegen das Stattfinden des  
Kongresses, weil die Majorität der organisirten  
Berufsgenossen auf demselben nicht vertreten ist  
und ein großer Theil derselben sich gegen das  
Stattfinden desselben ausgesprochen hat. Diesem  
Protest wird von einer ganzen Reihe Redner  
widersprochen, und findet er seine Erledigung  
dadurch, daß Uebergang zur Tagesordnung be-  
schlossen wird. Die Tagesordnung wird nun  
wie folgt festgesetzt:

1. Die Differenzen mit dem Vertrauensmann  
Deutschlands.
2. Abrechnung des Vertrauensmannes.
3. Gründung eines Zentralverbandes.
4. Presse und Agitation.

Punkt 1 der Tagesordnung ruft eine sehr um-

fangreiche Diskussion hervor. Gleich nach dem Halber-  
städter Kongress brachen zwischen den Anhängern  
der Lokal- und Zentralorganisation Differenzen  
aus. Eingeleitet wurden dieselben durch einen im  
„Handelshülfсарbeiter“ in Nr. 15 vom 1. August  
d. J. erschienenen Artikel, betitelt: „Zur Organi-  
sationsfrage“, welcher eine Diskussion über die  
zweckmäßigste Form der Organisation einleiten  
sollte. Diesem Artikel, welcher für Zentralisation  
geschrieben war, wurde seitens des verant-  
wortlichen Redakteurs, welcher zugleich  
Vertrauensmann für Deutschland ist, eine Fuß-  
note angehängt, welche besagte, daß die Redaktion  
mit dem Inhalt des Artikels nicht in allen  
Punkten einverstanden sei. Da der geistige  
Leiter der Fachzeitung jedoch Anhänger der  
Zentralorganisation ist, wurde dies seitens  
des Letzteren als ein Uebergriff und als  
ein Verstoß gegen die Halberstädter Beschlüsse  
aufgefaßt. Die Folge davon war eine end-  
lose Zeitungspolemik, welche zu einem rein  
persönlichen Streit ausartete. Genährt wurde  
derselbe noch durch diverse Momente lokaler Natur,  
so unter Anderem durch den Streik der Packetfahrt  
und der Privatpostangestellten, wovon der erstere  
mit einem Erfolg endete. Dem Vertrauensmann für  
Deutschland wird des Ferneren zum Vorwurf ge-  
macht, die Vorbereitung des Zentralverbandes  
verhindert, die Preßkommission abgesetzt und zwei  
Revisoren, welche in der Formfrage mit ihm  
nicht übereinstimmten, außer Funktion gesetzt  
zu haben.

Der Vertrauensmann erklärt, daß er keineswegs  
gegen die Halberstädter Beschlüsse verstoßen habe;  
obgleich er Lokalist sei, halte er die Beschlüsse des  
letzten Kongresses aufrecht und sei bereit, nach Ab-  
lauf von zwei Jahren sich ebenfalls dem Zentral-  
verband anzuschließen. Er werde sich auch keines-  
wegs den Beschlüssen dieses Kongresses, falls  
dieselben anders ausfallen sollten, fügen, auch von  
seinem Posten trete er nicht eher zurück, bis ein  
ordnungsgemäß einberufener Kongress stattgefun-  
den habe. Die Preßkommission habe er nicht abgesetzt,  
sondern, nachdem sie es nicht für nothwendig ge-  
halten habe, ihm auf eine diesbezügliche Anfrage  
Antwort zu schreiben, derselben mitgetheilt, daß  
er die Korrespondenz mit ihr einstelle. Auch habe  
die Preßkommission sich nicht einmal der Mühe  
unterzogen, eine Einigung der streitenden Parteien  
herbeizuführen, was zweifellos ihre Pflicht gewesen  
wäre, da der Streit ausschließlich in der Fach-  
zeitung geführt wurde.

Eine Neuwahl der Revisoren habe er deshalb  
ausgeschrieben, weil es ihm unmöglich gewesen sei,  
mit den derzeitigen Personen zusammen zu  
arbeiten.

## Die Gewerkschaftspresse der Niederlande.

Es erscheinen in den Niederlanden folgende Gewerkschaftsblätter:

1. „**Weefblad**“ (Wochenblatt) des allgem. niederländischen Diamantarbeiterbundes, Amsterdam.
2. „**De Diamantsnyder**“ (Diamantschneider), Amsterdam, wöchentlich.
3. „**De Schyvenshurder**“ (Scheibenschleifer), Amsterdam, monatlich.
4. „**De Sigarenmaker**“ (Zigarrenmacher), Amsterdam, wöchentlich.
5. „**De Bootwerker**“ (Bootarbeiter), Rotterdam, wöchentlich.
6. „**De Fabrieksbode**“ (Fabrikbote), Belft, wöchentlich.
7. „**De Schoenmaker**“ (Schuhmacher), Bresten, wöchentlich.
8. „**De Schoenmakery**“ (Schuhmacherei), Boetünchen, wöchentlich.
9. „**De Kleedermakery**“ (Kleidermacherei), Boetünchen, wöchentlich.
10. „**Ons Vakbelang**“ (Unser Fachbelangen), Organ für die Typographen und Lithographen, Amsterdam, zweimal monatlich.
11. „**De Timmermann**“ (Zimmermann), Haag, zweimal monatlich.
12. „**De Bakkersbode**“ (Bäckerbote), Haag, zweimal monatlich.

13. „**De Seingeber**“ (Signalgeber), Zwolle, zweimal monatlich.

14. „**Propaganda Geschrift**“ (Propaganda-Schrift), Organ für den Niederländischen Tapezierer- und Möbelbekleiderbund, Haag, monatlich.

15. „**De Smidsgezel**“ (Schmiedegeselle), Utrecht, monatlich.

16. „**De Meubelmaker**“ (Möbelmacher) Amsterdam, monatlich.

17. „**De Schildersgezel**“ (Der Maler- und Anstreicher), Amsterdam, monatlich.

18. „**De Kalk- und Steenbewerker**“ (Kalk- und Steinarbeiter), Amsterdam, monatlich.

Außerdem erscheinen an Frauenzeitungen:

1. „**De Vrouw**“ (Die Frau), in Amstelveen zweimal monatlich unter der Redaktion von Nelli van Kol.

2. „**Evolutie**“, Organ für Frauenwahlrecht und freie Frauen-Vereinigungen. Wochenblatt. Amsterdam.

3. „**Belang end Recht**“, Amsterdam, zweimal monatlich.

Während das erste auf sozialistischem Boden steht, tragen die beiden Letzteren einen bürgerlichen Charakter.

## Zur Unterstützung der streikenden Hafenarbeiter.

sind an die Generalkommission folgende Beträge gesandt: Generalkommission Oesterreichs fl. 200 (M. 339,85), Paris-Pircher 40, Chemnitz-Legilarbeiter 100, Fürth-Bach 100, Karlsruhe-Deckel 100, Erlangen-Rödel 30, Burg-Niepekohl 146, Passau-Spann 5,50, Reichenbach-Gupke 30, Deuben-Hartmann 100, Dresden-Bürger 200, Hameln-Jyding 24,20, Meerane-Kauf 100, Sangerhausen-Reißer 4, Neustadt-Winkler 15,05, Witten-

Ruthholt 4,10, Porzellanarbeiter Kalk b. Köln a. Rh. M. 13,55, Ludenwalde-G. Kuhle M. 100, Cottbus-Tabakarbeiter 20, Gewerkschaftskartell Haynau 53,55, Gewerkschaftl. Agitationsverein in Ludwigshafen 610.

Wir bitten, weitere Sendungen an den Kassirer der Streikkommission C. Schippmann, Schaarthor 7, 1. Etg., Hamburg, zu richten, um Unzuträglichkeiten zu vermeiden.

### Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 18. bis 31. Dezember 1896 eingegangene Gelder.

|  |   |          |
|--|---|----------|
| Quartalsbeiträge (4. Quartal 1896)               | Zentralverein der Bildhauer                       | M. 94,20 |
| „ (3. Quartal 1896)                              | Verband der Fabrik-, Land- und gewerbl. Hilfsarb. | 235,35   |
| „ (3. u. 4. Quart. 1895 u. 1. u. 2. Quart. 1896) | Verband der Legilarbeiter                         | 1500,—   |
| „ (4. Quartal 1895)                              | Verband der Schneider                             | 276,90   |
| „ (3. Quartal 1896)                              | Verband deutscher Buchdrucker                     | 500,—    |
| „ (3. Quartal 1896)                              | Verband der Kupferschmiede                        | 96,—     |
| „ (alle 4 Quartale 1895 und 1896)                | Verband deutscher Böttcher                        | 840,—    |

Alb. Röske, Hamburg-Gimsbüttel, Meißnerstr. 5, Haus 1.